

„International Human Rights Enforcement: the case of the occupied Palestinian territories under political transition“, 17.-18. September 1994 in Jerusalem

„Alle Welt spricht von Veränderung, nur die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen sehen keinen fundamentalen Wandel.“ Diese Einschätzung des Direktors der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, Yizhar Be'er, beschreibt in realistischer Weise die Lage vor Ort und die Perzeption im Ausland. So haben die „Prinzipienerklärung“ vom 13. September 1993 und das „Gaza-Jericho-Abkommen“ vom 4. Mai 1994 nicht zur Klärung der Rechtslage und der Verantwortung in den von Arafat kontrollierten Gebieten beigetragen, sondern die Rechtslage eher kompliziert und die Verantwortlichkeiten verwischt. In den autonomen Gebieten herrschen Chaos, Rechtsunsicherheit und Willkür, so der Tenor einer hochkarätig besetzten Konferenz, die von Pax Christi International und dem Center for International Human Rights Enforcement (CIHRE) in Ramallah unter dem Motto „The case of the occupied Palestinian territories under political transition“ am 17. und 18. September im Ambassador Hotel in Ost-Jerusalem unter Ausschluß von Journalisten stattfand. Auf Wunsch der Amerikaner sollte die Öffentlichkeit außen vor bleiben. Die USA waren es aber dann, die letztendlich nicht erschienen sind.

Eine Vielzahl von Vertretern von Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen aus den USA, aus Japan, Spanien, Ägypten, Israel, Palästina und Europa, von Vertretern der Vereinten Nationen, der Weltbank, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), der Europäischen Union, der UNRWA sowie zahlreiche Abgeordnete aus Großbritannien, Irland, Norwegen, Frankreich, dem Europäischen Parlament sowie eine staatliche Anzahl von Völkerrechtlern nahmen an der Tagung teil. Dies unterstreicht die Bedeutung und das öffentliche Interesse, das in diesen Ländern der Region beigemessen wird. Nur Deutschland glänzte wieder einmal durch Abwesenheit.

Das Ziel der Konferenz war die Erarbeitung einer Strategie, wie der Schutz der Menschenrechte in den besetzten bzw. autonomen Gebieten garantiert werden kann. Diesen Schutz mahnte der Vorsitzende von Pax Christi, Tjil Declercq, schon in seiner Eröffnungsansprache an, als er die massive Einmischung dritter Staaten in den Friedensprozeß anmahnte. „Sie müssen die Agenda von Israelis und Palästinensern beeinflussen.“ Es reiche nicht aus, nur den politischen und den ökonomischen Aspekt zu betonen. Oberstes Ziel müsse das Recht auf Selbstbestimmung und ein eigener souveräner Palästinenserstaat sein. Die UN-Resolution 181 bilde dafür die Grundlage. „Für die Achtung der Menschenrechte in der Region sind alle Staaten verantwortlich“, so Declercq. „Die Frage der Siedlungen und Jerusalems müsse sofort auf den Tisch und gerecht gelöst werden.“

Schwerpunkte der Tagung bildeten die Evaluierung der politischen und ökonomischen Lage seit der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“, eine Analyse der Lage der

Menschenrechte in den von Israel besetzten bzw. in den von der PLO kontrollierten autonomen Gebieten, die Rolle von Drittstaaten in dem stattfindenden Transformationsprozeß sowie deren Beitrag für die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der Einhaltung der Menschenrechte.

Schon die unterschiedliche Bewertung der neu entstandenen Rechtslage zeigte deutlich die verschiedenen Interessen von Seiten Israels und der Palästinenser. Ruth Gavison, Professorin für Menschenrechte an der Hebräischen Universität von Jerusalem und Mitglied der Association for Civil Rights in Israel (ACRI), vertrat die These, daß Israel nach der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ gemäß Völkerrecht nicht mehr als Besatzungsmacht in den autonomen Gebieten anzusehen sei. Vor Oslo lag die Verantwortung ausschließlich bei Israel, jetzt habe sich die Situation verändert, „sie ist schwieriger geworden“. Für die Durchsetzung der Menschenrechte habe sich die Lage verschlechtert. Jetzt seien die Palästinenser für die Einhaltung der Menschenrechte in den autonomen Gebieten selbst verantwortlich. Auf dieses Dilemma wies auch Yizhar Be'er hin. „Vorher war die Lage klar; es gab eine verantwortliche Institution, und das war Israel. B'Tselem wird sich in Zukunft nur auf die Verletzungen von Seiten der israelischen Sicherheitskräfte konzentrieren. Um die Verletzung der Menschenrechte durch Palästinenser werden wir uns nicht kümmern. Dies ist Aufgabe der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen.“

Mit einem weitverbreiteten Vorurteil räumte die ACRI-Anwältin Tamar Peleg-Sryck auf, als sie die „autonomen“ Gebiete weiter als besetzt bezeichnete, „aber nur auf eine andere Art und Weise“. Israel habe weiterhin vielfältige Macht auch in den von der PLO kontrollierten Gebieten inne. So ist die Militärgesetzgebung immer noch in Kraft, die Militärkommandeure behalten ihre Befehlsgewalt, wie sie ihnen nach dem Sechstagekrieg durch die Proklamation Nr. 2 übertragen worden ist, so Peleg-Sryck. „Die Palästinenser haben eine große Verantwortung, aber wenig Macht.“ Israel hat sich entschieden, keine Verantwortung mehr für die Palästinenser zu übernehmen, praktisch habe es jedoch weiterhin alle Macht, so die Anwältin. Die palästinensische Behörde kann ohne die vorherige direkte oder indirekte Genehmigung durch Israel nichts tun. Die Genehmigungen, die für das tägliche Leben notwendig seien, werden weiterhin von Israel erteilt. Genehmigungen zur Ausreise, zum Studium, zur Arbeit, für den Führerschein und vieles andere mehr erhalten sie von Israel. Der Unterschied zu früher sei, daß die Anträge jetzt zusätzlich über die palästinensischen Behörden laufen, was die Bürokratie erhöht, die Zeit bis zur Erteilung oder Ablehnung verlängert und man bei einer Ablehnung letztendlich nicht wisse, wer diese verfügt habe. Dieses Kontrollsystem diene auch der Disziplinierung der Opposition, so die ACRI-Anwältin. Wegen dieser für die Palästinenser negativen Situation sollten sich die israelischen Menschenrechtsanwälte weiterhin gegenüber den israelischen Behörden einmischen. Ob Eingaben aus den autonomen Gebieten beim Obersten Gericht in Israel zugelassen werden, sei noch nicht von diesem entschieden worden.

Wie asymmetrisch und vorteilhaft das Abkommen für Israel ist, zeigte Ghassan al-Khatib am Autonomiekonzept in Gaza. Dort habe Israel 50 % der palästinensischen Gesamtbevölkerung nur 2 % des besetzten Landes zur Verfügung gestellt. Wenn diese Form der Autonomie auf die Westbank übertragen würde, wäre Israel 100 % der Bevölkerung los, aber nur 14 % des Landes. Israels Autonomievorstellungen haben sich immer nur auf die Bevölkerung und deren persönliche Belange, aber niemals auf das Territorium bezogen. Heftig kritisierte al-Khatib die Alleinherrschaft Arafats und das Fehlen von



Demokratie. „Der Autonomierat ist keinem verantwortlich.“ Der etablierte Wirtschaftsrat wurde zwar vor dem Autonomierat eingerichtet, hat aber keine wirkliche Macht. „Die Entscheidungen fallen woanders. Er ist nur das Aushängeschild für den Westen.“ Die Struktur, die die Palästinenser von der israelischen Zivilverwaltung übernommen haben, sei ähnlich der der israelischen. Dies garantiere Israel die Aufrechterhaltung seiner Kontrolle. Sollte es zu Verhandlungen über Wesentliches kommen, haben die Palästinenser keine Verhandlungsmacht mehr. Sie werden dann das akzeptieren, was Israel vorschlägt, so al-Khatib. Wie einseitig das Gaza-Jericho-Abkommen ausgehandelt ist, wird in Artikel 22 deutlich, in dem Ansprüche aus Schäden, die durch die israelische Besatzungsmacht verursacht worden sind, von den palästinensischen Behörden entschädigt werden müssen. Dieser Passus sorgte für einige Aufregung.

Der palästinensische Rechtsanwalt Raja Shehadeh wies auf die ambivalente Rechtslage hin. „Die Abkommen haben das duale Rechtssystem in Gaza erhalten. So behalten die Israelische Landbehörde (ILA), der National Jewish Fund und die Wasserbehörde weiterhin in Gaza ihre Rechte.“ Die Israelis und die Palästinenser des Gazastreifens unterliegen zwei völlig getrennten Rechtssystemen. So gelte für die israelischen Siedler das israelische Recht, für die Palästinenser dagegen gelten weiterhin die Militärverordnungen sowie Versatzstücke von osmanischem, ägyptischem und neuerdings „PLO-Recht“. Diese neue Rechtskreation wurde in den verschiedenen Lagern der PLO im Irak, im Jemen, in Syrien und in Tunis angewandt. Über die Form der Rechtslage und die Undurchsichtigkeit der Verfahrenswege führte insbesondere Rechtsanwalt Achmad Sayyad, Direktor des Mandela Institute for Political Prisoners, Klage. „Die juristische Inkompetenz regiert in den Zivil- und Militärgerichten.“ Die Einrichtung von Militärgerichten ist nach Völkerrecht nur unter einem Besatzungsregime oder aufgrund eines Ausnahmezustandes möglich. Versteht sich die PLO-Regierung als eine neue Besatzungsmacht über ihre eigene Bevölkerung, fragte Sayyad rhetorisch. Nach Fateh Azzam, Programmkoordinator der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq, herrscht eine „Ignoranz vor dem Gesetz“. Arafat sei nicht berechenbar; es gebe eine Herrschaft von einzelnen ohne Verbindung zum Recht. Es entstehe ein Regime ohne Struktur. Dies führe zu einer Konfusion der Gesetze und des Rechtssystems. Jede Art von palästinensischer Gesetzgebung muß von Israel genehmigt werden, sie muß mit den Militärverordnungen übereinstimmen. „Diese Strukturen produzieren ein Chaos.“

Daß nun auch die Palästinenser die Menschenrechte ihrer eigenen Landsleute verletzen, machte die Direktorin des Palestine Human Rights Information Center (PHRIC), Jan Abu Shakrah, deutlich. Arafats Fatah-Fraktion ist für einige Tötungen verantwortlich, wie z.B. für den Tod des achtundzwanzigjährigen Farid Jarbou, der im Zentralgefängnis von Gaza-Stadt von palästinensischen Sicherheitskräften zu Tode gefoltert worden ist. Nach Abu Shakrah gibt es eine Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Geheimdienst Shin Bet und dem palästinensischen Sicherheitsdienst. „Die Tötungen von Palästinensern in Gaza deuten auf eine Zusammenarbeit zwischen beiden politischen Parteien hin.“ Ebenfalls gebe es Todesdrohungen und Einschüchterungen durch PLO-Vertreter, so die Direktorin von PHRIC. In Parenthese sei erwähnt, daß Jan Abu Shakrah zusammen mit einigen anderen Mitarbeitern die Organisation Ende September verlassen hat, weil eine unabhängige Arbeit nicht mehr möglich war.

Die antidemokratischen und unhaltbaren Zustände bestätigte auch Rhys Johnson vom Gaza Center for Rights and Law. So würden Kritiker mundtot gemacht oder verhaftet, politische Versammlungen verhindert und kritische Zeitungen unterdrückt. „Wir müs-



sen die palästinensischen Behörden auf den demokratischen Weg bringen. Ihr Verhalten kann nicht toleriert werden.“ Die palästinensische Autorität fungiere als Agent der israelischen Besatzer. Sie verwalte nur die zerstörte Struktur der Besetzung. Wie wichtig für Israel die besetzten Gebiete seien, zeige die Tatsache, daß sie nach den USA der zweitwichtigste Absatzmarkt für israelische Waren sind.

Obwohl die Lage der Menschenrechte in den von Israel besetzten und den von den Palästinensern verwalteten Gebieten sehr prekär ist, haben die Abkommen dazu geführt, daß das Thema in den Hintergrund gedrängt worden ist. Aaron Back, Programmdirektor von B'Tselem, sprach von einer nur minimalen Verbesserung der Lage vor Ort. Es habe sich eine absurde Situation entwickelt, die sich in fünf Argumentationsebenen widerspiegele. So brauche man sich nicht mehr um Menschenrechte zu kümmern, da es ja einen Friedensprozeß gebe; Menschenrechte sollten nicht öffentlich diskutiert werden, weil sie diesen Prozeß stören würden; die Menschenrechte würden jetzt mit politischen Fragen verbunden, wie die Unterzeichnung einer Erklärung von Gefangenen zeigt; die Menschenrechte müßten zurücktreten, damit der Friedensprozeß gelingen könne, d.h., über die fortdauernden Landenteignungen und die Tötungen solle geschwiegen werden; ein neuerwaches Interesse der Israelis an palästinensischen Menschenrechtsverletzungen sei zu verzeichnen, da sich jetzt zeige, daß die Palästinenser nicht ihre eigenen Angelegenheiten regeln könnten. Da die Belästigungen von seiten Israels ungehindert weitergehen und auch die massiven Rechtsverstöße durch Siedler nicht „adäquat“ bestraft würden, müssen nach Back neue Mechanismen gefunden werden, um den Druck auf die israelische Regierung zu erhöhen. Positiv hob Back den Rückgang der Zusammenstöße zwischen Israelis und Palästinensern hervor.

Sah Ruth Gavison nur noch eine eingeschränkte Verantwortung von seiten Israels, pochte Colm Campbell von der Juristischen Fakultät der Queen's University in Belfast auf die fortdauernde Verantwortung der Israelis nach der Vierten Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung. „Die internationale Staatengemeinschaft muß darauf drängen, daß Israel seiner Verantwortung nachkommt und die Vierte Genfer Konvention achtet. Sie war weniger strikt mit Israel als mit anderen Staaten.“ Der englische Europaabgeordnete Michael Hindley betonte, daß es niemals Druck von seiten des Westens auf Israel gegeben habe. Die palästinensischen Behörden sind nicht automatisch an die Genfer Konvention gebunden, weil sie die Gebiete nicht durch einen kriegerischen Akt besetzt hätten; sie müssen aber einen Mindeststandard an Menschenrechtsschutz garantieren, so Campbell.

Der Nachmittag des ersten Konferenztages gehörte den Vertretern der UNO, der EU, des IKRK und der Weltbank sowie der Programmdirektorin des Robert F. Kennedy Memorial Centers for Human Rights in Washington D.C., Abigail Abrash. Entsprechend ihrer heiklen Stellung in der Konfliktregion wurden auch die Aussagen mit großer Zurückhaltung und Vorsicht vorgetragen. So zog sich der Vertreter der EU in den besetzten Gebieten, Thomas Dupla del Moral, auf die Beschreibung der EU-Politik gegenüber dem Nahen Osten zurück und betonte, daß die besetzten Gebiete in der Außenpolitik der EU immer eine wichtige Rolle gespielt hätten und die EU auch die versprochenen 600 Mio. US-Dollar bereitstellen werde, sobald die Institutionen geschaffen seien. „Sie existieren aber noch nicht, und Arafat hat sich noch nicht geändert.“ Die geringe finanzielle Glaubwürdigkeit der PLO betonte auch Willem van Genugten, Professor für Menschenrechte an der Universität von Nimwegen. Über Menschenrechte im allgemeinen zwischen den Palästinensern und den Geberländern zu sprechen, führe zu nichts. Konkret



könnte über Geld für freie Wahlen, für das Recht auf Versammlungsfreiheit oder für den Stopp von politisch motivierten Tötungen gesprochen werden. Die EU nehme zwar ihre Verantwortung wahr, dies sei aber nicht genug. „Die EU ist ein Teil des Spiels. Wenn sie nicht mehr tut, wird die Entwicklung an ihr vorbeigehen.“

Telma Abascal aus der UN-Zentrale in New York betonte, daß die „Prinzipienerklärung“ außerhalb der UN stattfand, obwohl sich die UN stark im Nahen Osten engagiert habe. Daß Israel die UN immer als propalästinensisch eingeschätzt habe, verhehlte Frau Abascal nicht. „Die UN ist bereit, eine starke Rolle zu spielen, wenn die Parteien dies wünschen.“ Alles in allem sei der Einfluß der UN auf den Friedensprozeß gleich null, so die UN-Vertreterin. Daß dies so nicht ganz stimmt, machte Brian Mitchell, stellvertretender Direktor der UNRWA in Jerusalem, deutlich. Die UN-Organisation sei der größte Arbeitgeber nach den Regierungen im Nahen Osten. Die UNRWA sei von der PLO gebeten worden, ihre Programme weiter fortzusetzen, da die palästinensischen Behörden finanziell nicht in der Lage seien, diese in eigener Regie zu übernehmen. So übernimmt die UNRWA im Gazastreifen 45 und in der Westbank 28 % der Aufgaben, die sonst von den palästinensischen Behörden übernommen werden müßten. Positiv sei die Unterstützung der Arbeit der UNRWA durch die Geberländer zu bewerten.

Yves Petermann, Rechtsberater des IKRK in Tel Aviv, betonte die zurückhaltende Position der Organisation in allen Fragen, die die Besetzung betreffen. Das IKRK habe die Haltung Israels, daß nur die „humanitären Bestimmungen“ der Vierten Genfer Konvention gelten würden, niemals anerkannt, weil das Land nie definiert habe, was es darunter verstehe. Die Genfer Konvention gelte in den autonomen Gebieten nicht, in denen die Palästinenser die Autorität ausübten, weil sie nicht als von Palästinensern besetzt anzusehen seien. Sollte Israel dort erneut intervenieren, findet sie wieder Anwendung. Nach der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem IKRK und der PLO kann die Organisation Häftlinge in den autonomen Gebieten besuchen, was auch geschieht.

Der Vertreter der Weltbank, Nigal Roberts, betonte den Auftrag für die Koordinierung der wirtschaftlichen Hilfe gemäß der „Prinzipienerklärung“. „Diese Koordinierung bedeutet aber keine Kontrolle. Ohne wirtschaftliches Wachstum kann der Friedensprozeß nicht gelingen. Um die palästinensische Verwaltung arbeitsfähig zu machen, muß massiv Geld fließen.“ Dies werde nach Ansicht von Rosemary Hollis vom Royal United Services Institute in London nur fließen, wenn den Geberländern ein Nützlichkeitsargument präsentiert werden kann. Die Palästinenser werden stärker kontrolliert als die anderen Staaten. Die Geberländer sähen es lieber, die Gelder würden nicht von Arafat, sondern vom Wirtschaftsrat verwaltet. Sie werden aber trotzdem mit ihrer Unterstützung nicht so lange warten, bis alles gut funktioniert, sondern in Projekte investieren, aber auch Arafat wird seinen Teil bekommen. Roberts gab zu, daß die Weltbank keine klare Position in bezug auf die Menschenrechte habe. Halle Jorn Hansen von dem Norwegian Peoples Aid sah den Grund für die Vernachlässigung der Menschenrechtsfrage darin, daß „die Parteien in diesen Prozeß zu sehr involviert sind und sie darüber die Menschenrechte vergessen“.

Die Politik der Vereinigten Staaten stand des öfteren im Kreuzfeuer der Kritik. Die USA verfolgten eine Politik des „Hands off“ und seien kein ehrlicher Makler, wie es Melissa Philips von CIHRE umschrieb. Dieser Einschätzung schloß sich Abigail Abrash an. „Für die USA war es unpassend, zu diesem Zeitpunkt an der Konferenz teilzunehmen“, versuchte Abrash das Fernbleiben der USA zu begründen. Ziel der US-Politik sei die Isolation der extremen Kräfte auf beiden Seiten. Nach Abrash haben die USA ihre



Position des ehrlichen Maklers unter der Clinton-Administration verlassen. Seine Administration hat Rechtspositionen aufgegeben, die den USA immer heilig waren. So rückten die USA in ihrem Menschenrechtsbericht des State Departments aus dem Jahre 1993 von der Position ab, daß Israel die Vierte Genfer Konvention verletze sowie Deportationen und Häuserzerstörungen nicht mehr gegen diese Konvention verstießen.

In diese Kritik stimmte auch Eric Goldstein, Forschungsdirektor von Human Rights Watch in Washington D.C., ein. „Die amerikanische Sicht von der Durchsetzung der Menschenrechte hängt von Nützlichkeitsabwägungen ab.“ Er kritisierte Clintons vage Sprache. Sein Einsatz für die Menschenrechte erfolgt nur, „wenn es wenig kostet. Er ist die große Enttäuschung für die Menschenrechtsorganisationen.“ Wirtschaftliche Interessen dominierten über die Menschenrechte, so Goldstein. In der UN-Sicherheitsratsresolution, die das Massaker in der Ibrahim-Moschee in Hebron verurteilte, enthielten sich die USA bei dem Teil der Resolution der Stimme, der Ost-Jerusalem weiterhin als besetzt bezeichnete. Die USA vertraten die Ansicht, daß diese Frage bilateral zwischen Israel und den Palästinensern geklärt werden müsse. Die USA versuchten, Druck auf die UN-Generalversammlung auszuüben, ihren Ansatz zum israelisch-palästinensischen Konflikt zu revidieren. Ebenso hat Clinton Abstand davon genommen, die Ausdehnung der Siedlungen zu verurteilen. Obwohl Israel ständig die Menschenrechte verletze, wurde die US-Hilfe gegenüber diesem Land nie ernsthaft in Frage gestellt, so Goldstein. „Die Menschenrechte sind kein Problem mehr, und der Friedensprozeß überlagert die Menschenrechtsproblematik“, so Abrash. Als einen Ausweg aus diesem Dilemma schlug Goldstein vor, die Siedlungsfrage international ins Bewußtsein zu rufen, da hier die „Amerikaner sensibel sind“. Es bedürfe einer internationalen Intervention in den besetzten Gebieten, und es müsse eine internationale Kampagne gegen israelische Produkte aus den besetzten Gebieten geben wie vormals gegen Südafrika.

Welche Rolle können die Drittstaaten und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in diesem Friedensprozeß spielen? Rechtsanwalt Charles Shamas, Direktor des mitveranstaltenden CIHRE, forderte den Einsatz der Drittstaaten für wirklich freie Wahlen. Es habe den Anschein, daß weder die PLO noch Israel an solchen interessiert seien. Die Wichtigkeit der NGOs als „watch dogs“ hob Cees Flinterman, Vorsitzender des Foreign Ministry Advisory Board on Human Rights and Foreign Policy der Niederlande, hervor. Ihre Aufgabe sei das Engagement für solche, die keine Stimme in der Gesellschaft hätten. NGOs müssen die Wähler informieren, um dadurch auf die Politiker einzuwirken, die wiedergewählt werden wollen. Fateh Azzam von Al-Haq wies auf die prekäre Rolle der palästinensischen NGOs hin, deren sofortige Kritik an Mißständen ihnen den Vorwurf der Agententätigkeit für die CIA oder der Unterminierung der eigenen Kultur eintrage. Willem van Genugten sah den Beitrag der NGOs im Aufbau einer zivilen und demokratischen Gesellschaft. Nach Ansicht von Paul de Waart, Professor für Völkerrecht an der Freien Universität von Amsterdam, müssen die palästinensischen NGOs die PLO überzeugen, daß ihre Charta durch die Ereignisse überholt ist. „Arafat muß überzeugt werden, daß ein Festhalten an ihr inopportun ist.“ Auf der anderen Seite besteht die Aufgabe der israelischen NGOs darin, auf ihre Regierung einzuwirken, daß ein Insistieren auf diesem Punkt nicht im Interesse Israels liege. Einen interessanten Vorschlag zur Überwindung der palästinensischen Isolation auf internationaler Ebene machte Paul de Waart, indem er vorschlug, daß die einhundertzwanzig Staaten, die den Palästinenerstaat 1988 anerkannt haben, den Staat in die internationalen Menschenrechtspakte einbeziehen. Dies könnte ein erster Schritt für die Aufnahme in die UN sein. Nach einer

solchen Aufnahme könne Israel die palästinensischen Gebiete nicht mehr als autonome betrachten.

In seinem Schlußplädoyer forderte Tjil Declercq von Pax Christi die Teilnehmer und die Vertreter der NGOs auf, ihre eigenen Regierungen und das EU-Parlament zu bedrängen. Die gleiche penetrante Arbeit müsse auch in den USA getan werden. „Es muß ein Lobbying für einen wirklichen Frieden beginnen.“

Pax Christi International und dem CIHRE ist es gelungen, eine außergewöhnliche Konferenz mit einem ungewöhnlichen Arbeitspensum zu veranstalten, die nur durch die gute Organisation und die Disziplin der Teilnehmer bewältigt werden konnte. Sie fand zu einem Zeitpunkt statt, wo die Entwicklung in den autonomen Gebieten auf des Messers Schneide stand. Es stellt sich die Frage: Geht Palästina den Weg der Demokratie oder den einer arabischen Despotie? Es ist zu hoffen, daß die zahlreichen Ergebnisse die Waagschale zum Positiven wenden werden.

*Ludwig Watzal*